

Das amtliche Blatt meldet die Errichtung eines Serbischen Consuls in Orsova und der Ernennung Jovan Vasiljevic's zum Consul daselbst. **Glasgow, 17. April, Vormittags 11 Uhr 5 Min.** (C. T. C.) Roheisen. Mixed numbers warrants 48 sh. 3/4 d. Fest. (Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 17. April.

— **Deutscher Reichstag.** 102. Sitzung vom 17. April, 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths: von Berlepsch u. A.

Die zweite Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung wird fortgesetzt mit der Discussion über den vom Abg. Auer (Socd.) beantragten neuen § 136 a, betr. die Einführung des Normalarbeitstages bis zum 1. Januar 1894 von 10, von da bis zum 1. Januar 1898 von 9 und von da ab von 8 Stunden.

Abg. Müllensiefen (natl.) erklärt, dass ihm der Inhalt des Paragraphen sehr sympathisch sei und sei er dieser seiner Ansicht auch in seinem eigenen Betriebe soweit als möglich gefolgt sei. Er habe dabei die Erfahrung gemacht, dass die Arbeiter in der kürzeren Schicht viel sorgfältiger arbeiten und dass er Nachtheile durch diese kürzere Arbeitszeit nicht erlitten habe. Dagegen habe er diese Maassregel nicht auf alle seine Arbeiter angewendet, so z. B. nicht auf diejenigen, die in freier Luft arbeiten. Was die Bergarbeiter anbelange, so glaube er nicht, dass es, trotz aller Vorkehrungen, möglich sein werde, die Uebelstände zu beseitigen, welche der Gesundheit der Bergarbeiter schädlich seien. Deshalb sei er der Ansicht, dass für die Grubenarbeiter eine achtstündige Schicht die längste Arbeitszeit sei, von der die Ein- und Ausfahrtzeit in Abrechnung zu bringen wäre. Bei der gegenwärtigen Art der Arbeit in den Gruben sei es nicht möglich, die bestehenden Uebelstände zu beseitigen, ohne die Existenz der Zechen zu gefährden oder die Kohlenpreise, die gegenwärtig schon für manche Industrie unerschwinglich seien, noch erheblich zu erhöhen. Er habe die Ueberzeugung, dass es nur auf friedlichem Wege möglich sei, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. In dieser Ueberzeugung habe er sich für eine bessere Bezahlung der Ueberschichten ausgesprochen, sowie dafür, dass diese nur freiwillig geleistet werden dürfen und nach dieser Ansicht habe er auch in der langen Zeit, in welcher er der Leiter eines bergmännischen Unternehmens gewesen, gehandelt. Die Arbeiter fühlten, wer für sie ein warmes Herz habe, sie vertrauten ihm (Redner) und in diesem Vertrauen sei er gewährt worden.

Abg. Leuschner (Reichspartei) behauptet, dass seine Partei die Arbeiterinteressen weit besser zu vertreten glaube, als die Socialdemokraten (Widerspruch) und weist die Ausführungen des Abg. Grillenberger über die Profitwüthigkeit des Capitals zurück. Was den Antrag Auer anbelangt, so glaube er, dass die Bergarbeiter in ihrer Mehrheit eine Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt nicht wollen und dass sie die ihnen durch die socialdemokratischen Agitatoren angebotene Vergewaltigung zurückweisen würden. Der Normalarbeitstag sei daher bei der Verschiedenheit der körperlichen Verhältnisse der Bergarbeiter und der Arbeiter selbst unmöglich. Nach dem socialdemokratischen Antrage würde sich die Arbeitszeit der Bergarbeiter auf 6 1/2 Stunden und die wirkliche Schichtzeit sogar auf 5 1/2 Stunden reduciren und es gehöre doch die ganze Unbedeutenheit eines socialdemokratischen Agitatoren dazu, eine derartige Forderung zu stellen und die gegenwärtige Arbeitszeit der Bergarbeiter als eine übermässige darzustellen und dabei noch womöglich eine Erhöhung der Löhne zu fordern. Da wäre es seiner Ansicht nach einfacher, wenn nur Lohn gezahlt und eine Arbeit nicht gefordert würde. Die Löhne der Bergarbeiter in Westfalen seien genügend, die Arbeiter seien damit zufrieden und Hungerlöhne würden nicht gezahlt. Er hoffe deshalb, dass das Haus den Antrag Auer entschieden zurückweisen werde. Was bezwecke denn der Antrag? Der Arbeiter müsse arbeiten, ebenso wie der Beamte, wer nicht arbeite, sei einfach ein Faulpelz. (Sehr wahr! und Lachen bei den Soc.) Die Löhne seien so gestiegen, dass sie die Zufriedenheit der Arbeiter herbeiführen würden, wenn die socialdemokratischen Agitatoren nicht wären. Er hoffe, dass die Arbeiter nach und nach helle sehen und sich fragen werden, was ihnen die socialdemokratischen Agitatoren gebracht hätten. Die Arbeiter würden endlich einsehen, dass sie an der Nase herumgeführt seien, und empfehle er deshalb die möglichst einstimmige Ablehnung des § 136 a. (Beifall rechts.)

Abg. Schaedler (Ctr.) verliest eine Erklärung, dass die Centrumpartei nach wie vor auf dem Boden des Normalarbeitstages stehe, dass sie aber der Ansicht sei, die Einführung desselben lasse sich nicht so plötzlich durchsetzen. Mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses sei der Antrag Auer gegenwärtig nicht anzunehmen. Im Uebrigen behalte die Partei sich vor, im gegebenen Augenblick die Frage des Maximalarbeitstages

auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen wieder aufzunehmen.

(Schluss des Blattes.)

— **Hofnachrichten.** Der Kaiser traf gestern Nachmittag bald nach 5 Uhr von Potsdam wieder im Schlosse ein und arbeitete längere Zeit allein. Abends um 7 Uhr sahen die Majestäten den Minister der geistlichen Angelegenheiten v. Zedlitz-Trützschler, den Hofprediger Dr. Frommel, den Feldprobst der Armee Dr. Richter, den Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Hintzpetter, den General-Adjutanten des Kaisers General v. Wittich etc. als Gäste an der Tafel. Nach Aufhebung derselben erledigte der Kaiser während der Abendstunden Regierungsangelegenheiten. — Am heutigen Tage arbeitete der Monarch während der Morgenstunden zunächst längere Zeit allein und begab sich sodann gegen 10 Uhr zur Kaserne des Garde-Füsiliers-Regiments, woselbst derselbe im Beisein höherer Officiere, der resp. Vorgesetzten und der Herren seiner Umgebung die Compagnie-Besichtigungen abhielt. Nach dem Schuss derselben kehrte der Kaiser wieder zum Schlosse zurück und ertheilte alsbald darauf dem Consistorial-Präsidenten Schmidt eine Audienz.

— **Der Bundesrath** ertheilte in der am 16. ds. unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretärs des Innern, Dr. v. Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Reichsschuldbuch, und dem Gesetzentwurf, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Landeshaushalts-Etat von Elsass-Lothringen für 1891/92 die Zustimmung. Den zuständigen Ausschüssen wurden zur Vorberathung überwiesen: Der Entwurf eines Gesetzes für Elsass-Lothringen wegen Aufhebung der Denunciantenanteile in der vom Landesausschuss angenommenen Fassung, der Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1891/92, der Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres und der Post und Telegraphen und der Bericht der Reichsschulden-Commission über die Verwaltung des Schuldenschatzes des Reichs. Endlich erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, dass die durch den Bundesraths-Beschluss vom 7. December 1871 angeordnete Veröffentlichung statistischer Jahresübersichten über die Einnahmen an Wechselstempelsteuer vom laufenden Jahre ab unterbleibe.

— **Die Reichstagscommission** für das Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs hat gestern Abend § 2 der Vorlage in folgender Fassung angenommen: „Die Ausübung der im § 1 bezeichneten Rechte“ kann für einzelne Strecken oder Bezirke, und muss an Gemeinden für den Verkehr innerhalb des Gemeindebezirks verliehen werden, wenn die nachsachende Gemeinde die genügende Sicherheit für einen ordnungsmässigen Betrieb bietet und das Reich eine solche Anlage weder errichtet hat, noch sich zur Errichtung und zum Betrieb derselben bereit erklärt. (Die angeführten Worte sind auf Antrag der Abgg. Bödiker (Cons.) und Graf Stolberg-Wernigerode (cons.) eingefügt worden.) Die Verleihung erfolgt durch den Reichskanzler oder die von ihm hierzu ermächtigten Behörden. Die Bedingungen der Verleihung sind in der Verleihungsurkunde festzustellen. Auf Antrag des Abg. Bödiker wurde dem Paragraphen noch folgender Satz hinzugefügt: „Das Reich ist berechtigt, die von den Gemeinden hergestellten Anlagen gegen Erstattung der Kosten jederzeit zu übernehmen und zu betreiben.“

— Die von den Abgg. Graf Stolberg-Wernigerode und Dr. Buhl unternommenen Versuche, eine Verständigung über die **Novelle zum Zuckersteuergesetz** herbeizuführen, sind, wie wir hören, resultatlos verlaufen. In parlamentarischen Kreisen wird daher angenommen, dass der Gesetzentwurf, wie in der Commission, auch in der zweiten Lesung des Plenums, welche unmittelbar nach Beendigung der zweiten Berathung des Arbeiterschutzgesetzes, wahrscheinlich am 23. April erfolgen soll, abgelehnt wird.

— Die Erwerbung einer zur Anlage der verlängerten **Charlottenstrasse** zwischen Georgenstrasse und Weidendamm erforderlichen Fläche von 258 qm Terrain des fisciellen Depotplatzes und Katzengrabens beschäftigte am Mittwoch den von der Stadtverordneten-Versammlung mit der Vorberathung dieser Angelegenheit beauftragten Ausschuss. Bei den früheren Verhandlungen im Schoosse der städtischen Behörden war die Forderung des Fiskus für 629 qm Depotplatz- und 2329 qm Katzengrabens-Terrain auf zusammen 283 730 M angegeben worden, doch hat dieser Preis später nicht die Genehmigung der höheren Staatsbehörden gefunden. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich darin, dass die frühere Annahme, der Katzengraben sei alleiniges Eigenthum des Preussischen Staatsfiskus, sich als irthümlich erwiesen, dagegen ein Miteigenthum des Königlichen Kronfideicommisses herausgestellt hat. Die auf dieser neuen Grund-

lage aufgenommenen Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, dass von den Vertretern der zunächst beteiligten Behörden für das gesammte Terrain ein Gesamtpreis von 500 000 Mark in Anspruch genommen wird, unter der Bedingung, dass dem Preussischen Staatsfiskus und der Königlichen Kronfideicommiss-Verwaltung, jedoch nicht rechtsnachfolgenden Privatpersonen, Freiheit von den ortstatutarischen Beiträgen zu den Kosten der Strassenanlage gewährt werde. Hiernach würde sich der Preis für das Quadratmeter auf 169 M beziffern. Ein im Ausschuss gestellter Antrag, mit Rücksicht auf die gegen früher erhebliche erhöhte Forderung das Expropriations-Verfahren bezüglich dieser fisciellen Terrains Platz greifen zu lassen, erhielt nicht die Mehrheit der Stimmen, weil man der Ansicht war, dass ein derartiges Verfahren in seinem Ergebnis, ob es günstiger oder ungünstiger für die Stadt sein wird, nicht zu ermassen sei, dass aber Werth darauf gelegt werden müsse, endlich die Strassenanlage fertig zu stellen, woran aber, wenn die Expropriation eingeleitet werden sollte, voraussichtlich noch ein Jahr und Tag nicht zu denken sei. Unter diesen Umständen glaubte der Ausschuss die Bewilligung der 500 000 M unter Erlass der ortstatutarischen Beiträge zu den Kosten der Strassenanlage empfehlen zu sollen.

— Die am 14. d. M. in Panama mit dem Postdampfer von der Westküste Südamerikas eingetroffenen Zeitungen enthalten Schilderungen der Schreckensthat, welche gegenwärtig in Iquique am 1. Tagesordnung ist. Der Correspondent einer Zeitung in Arica schreibt wörtlich: „Es ist unerhört, wie es in diesem unglücklichen Hafen zugeht und man möchte beinahe glauben, dass es hier keine civilisirten Menschen gäbe.“ Die aus Iquique hier angelangten Passagiere bestätigen diese Berichte und versichern, dass Vagabunden und Mordbrenner in Scharen die Stadt durchziehen und ungestraft rauben, morden und alle möglichen Schandthaten verüben. Der „Lima Diario“ sagt, dass die Chilensche Regierung entschlossen sei, in Tarapaca eine Armee von 20 000 Mann zu concentriren und zu diesem Zwecke 5 jetzt im Innern befindliche Corps dorthin kommen zu lassen. Die Regierung habe diesen Entschluss nach der Einnahme von Iquique und Taena durch die Insurgenten gefasst. Berichte aus Tacora melden, dass der in den Händen der Revolutionäre befindliche Chilensche Kreuzer „Aconcagua“ den Englischen Dampfer „Arequipa“ angehalten und 3 Passagiere desselben mit sich genommen habe. Die Passagiere des Dampfers „Laja“ theilen mit, dass, als das Schiff am 6. April Iquique verliess, die Ruhe in der Stadt wieder hergestellt war. Ihren Angaben zufolge sind während des Feuers, welches bei Eroberung der Stadt durch die Insurgenten ausbrach, zwei Häuserviertel zwischen dem Hafen und Prat Square bis auf den Boden niedergebrannt. Die Behörden von Iquique besaßen die Waffen aller Privatpersonen confisciren. In der Stadt befanden sich 400 Mann Militair. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung, Eingeborene sowohl wie Ausländer, stand auf Seiten der Insurgenten.

— Im Mittelpunkt des heutigen **Börsenverkehrs** standen Disconto-Commandit-Antheile, deren Cours durch ein unerwartet hervorgetretenes, überaus starkes Angebot um mehrere Procente geworden wurde, ein Ereigniss, welches dann selbstverständlich auf die Course vieler anderer Papiere weiter wirkte. Der Anstoss zu der ganzen heutigen Bewegung scheint von London gekommen zu sein; dort ist man beunruhigt durch die fortdauernd schlecht lautenden Nachrichten aus Argentinien und durch den in letzter Zeit stattgehabten starken Rückgang der Chilonischen Fonds (über die Gründe hierfür berichtet ein an anderer Stelle abgedruckter Londoner Brief ausführlich). Die niedrigen Londoner Cours-Meldungen haben offenbar die Speculation zuerst veranlasst, starke Abgaben zu machen, und der während der letzten Wochen verhältnissmässig gut behauptete Cours der Disconto-Commandit-Antheile wirkte, dass man den „run“ gerade auf dieses Papier ausführte. Der Coursrückgang entsetzte dann, wie gewöhnlich, Gerüchte aller Art, die als Erklärung dienen sollten. So erzählte man, dass Herr v. Hansemann beabsichtige, von der Leitung der Gesellschaft zurückzutreten, ein Gerücht, das wir mit allem Nachdruck als gänzlich unwarhaft demontiren können, wie es sich glücklicher Weise bei allen früheren Gelegenheiten bereits als unwarhaft erwiesen hat. Man behauptete ferner, dass die Disconto-Gesellschaft bei dem Argentinischen Schutz-Comité in London (das bekanntlich zur Rettung des Hauses Baring zusammentrat) starke Verluste erlida, obschon bekannt ist, dass sie bei diesem Comité gar nicht beteiligt ist. Von gleicher Unzuverlässigkeit sind auch alle anderen Gerüchte, die heute an der Börse umliefen, sie wurden wohl auch kaum als ernst angesehen, entsprachen vielmehr eben nur der flauen Stimmung, die vorherrschte. Weichend waren auch die Argentinien-